



Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Militärdiktatur.

Die Zaberer Skandale vor dem Kriegsgericht.

Die Kriegsgerichtsbearbeitung gegen den Zaberer Oberst a. Renteur, die jetzt in Straßburg vor sich geht, ist eine einbringliche Studie über das deutsche Verfassungsleben. Schon am ersten Verhandlungstag ist klar geworden, wie die Militärdiktatur herrscht. Nach der Verfassung hat die Zivilgewalt, also die Polizei, die sogenannte Ordnung aufrecht zu erhalten. Das erlaubt das Militär aber nur so lange, als es ihm paßt. (Glaubt es, die Polizei "schle" das bis an die Zähne betraffene Militär nicht mehr "auszuweichen" vor "Verleibungen", Lachen, Schelten und so Dreinschäßen, als wollte man lächeln, dann ergreift der Militarismus sofort die Herrschaftsgewalt und richtet ein Schreckensregiment auf. Mehr noch; in Zaberer hat sich gezeigt, daß die Militärgewalt von vornherein die Zivilgewalt ignorierte, schroff und kränkelnd behandelte und sich als Herr aufspielte. Der Oberst a. Renteur drohte mit Verhängung des Belagerungszustandes, das ganze Militärsystem spielte mit Untertwegen. Ja, wie die Verhandlung ergab, scheint manchem ein Schießen auf die Besatzung, auf Frauen und Kinder sogar als einzig angemessene Tat erschienen zu sein, um die "bedrohte" Autorität aufrecht zu erhalten. Um die "Autorität" des bunten Rodes durchzuführen, verfaßte man rücksichtslos auch die beruflichen Staatsämter, ja sogar den Staatsanwalt und den Richter. Die Vertreter des Reiches wurden einfach in den Bombenfelder der Kaserne gesperrt — alles, um der Zivilgewalt zu zeigen, wie der deutsche Militarismus herrschen will.

Nun ist der Verantwortliche dieser Vorkommnisse vor Gericht gestellt. Das militärische Kriegsgericht soll entscheiden, ob der Oberst a. Renteur so gehandelt habe. Es ist möglich, daß der Militarismus hier Konstatieren wird, der Reuter sei etwas zu weit gegangen. Möglich auch, daß ihm eine Strafe treffen wird. Das das Schlimme wird unter keinen Umständen geändert werden. Der Militarismus setzt in meeres seinen Willen durch. Man bedenk, daß diese Vorgänge im Elsaß spielen, wo der Zivilgewalt, also den Kreisrichtoren und Bürgermeistern noch eine Art volksmännlicher Tradition innewohnt. Deshalb tritt die Herrschaft des Militarismus in etwas deutlicher Weise zutage. In Preußen — und darauf kommt es an — ist eine solche Tatsache für den Militärsystem äußerlich nicht zu beobachten, weil hier die "Zivilbehörden" aus Tradition schon von vornherein die Wünsche des Militarismus ins Auge fassen und in respektieren. In Preußen ist die Polizei der einfache Diener der Militärdiktatur. Was sich bei Konstatieren in Preußen einmal ereignet wird, kann man sich denken. . . .

Der Reuter-Frage läßt jetzt einen Einblick in das System tun, den man so bald nicht wieder in solcher Helligkeit haben wird. Für unsere Rechts- und Verfassungskämpfe, vor allem auch für den großen sozialen Kampf der Arbeiterklasse haben diese Vorgänge ganz außerordentlich große Bedeutung. Bald wird die Volksgewalt, der Reichstag, zu sprechen haben, da er diesem System die Millionen bewilligen muß. Wäre der Reichstag jetzt entschlossen, Volksworte zu ertönen, es wäre ein Leichtes. Denn der Militarismus ist jetzt im Volke so distribuiert, daß die Regierung nachgeben müßte. Sie könnte keine Reichstagsauflösung wagen, wenn der Reichstag erklärte: erst demokratische Reformen in der Armee, erst erweiterte Volksworte, dann erst Militärdiktatur. Aber die Liberalen werden ja nicht mitmachen, weshalb sich keine entschlossene Reichstagsmehrheit finden wird. Man wird Worte machen, Medien halten und wieder bewilligen. So geht das alte Spiel weiter.

Aber doch nicht ganz! Denn den Volksmassen kommt durch alle diese Vorgänge doch die Erkenntnis, daß allein die soziale Demokratie das Ziel sein kann, das allgemach erreicht werden muß. Deshalb wird die Sozialdemokratie mit einer Stärkung und Erweiterung ihrer Macht im Volke zu rechnen haben. Die Machthaber wollen es so!

Fall Kronprinz und Fall Jagow.

Beide sind bezeichnend für das System. Wie die Berliner W. hört, hat der Kronprinz zwar nicht an General a. Demling, noch aber in der Tat an Oberst a. Reuter ein Telegramm geschickt, in dem er ihn zu einer solchen Stellung beauftragte. Diese Anordnung des Kronprinzen veranlagte eine Beratung der maßgebenden Persönlichkeiten, in der beschlossen wurde, den Kronprinzen binnen 24 Stunden von Danzig abzurufen.

Die Mäßigkeit dieser Angaben ist natürlich nicht zu konstatieren, aber es ist sehr auffällig, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung noch seine Gültigkeit über diese neue Bestätigung des Kronprinzen hat verlaufen lassen.

Inzwischen ist der Fall Jagow "erledigt" worden. Aus konservativer Quelle wird gemeldet, daß sich die ganze Aktion gegen den v. Jagow auf eine amtliche — Widerspruch des Ministers des Innern mit dem Polizeipräsidenten beschränkt. Das Staatsministerium habe sich mit der Sache überhaupt nicht befaßt. Der Minister habe "keine Veranlassung" gesehen, gegen Herrn v. Jagow dienstlich vorzugehen, da seine publizistische Äußerung eine reine private Äußerung gewesen sei.

Das ist echt preussisch, was find wir wieder imilde. Inzwischen wird auch bekannt, daß die kommandierenden Generale, die an Reuter bei Wilhelm II. verarmelt waren, den Jagow als einzigen "Zivilisten" zu ihrer Seite hielten. Das sagt genug.

Verhandlungsbericht.

Wie wir gestern schon meldeten, begann am Montag die Verhandlung gegen den Oberst a. Renteur und den Leutnant Schadt vor dem Straßburger Kriegsgericht. Reuter betonte, er allein trage die Verantwortung für all das, was seine Untergebenen getan haben. Die Zivilisten hätten das Militär beleidigt, aber sie seien nicht ausreichend bestraft worden.

Die Meldung unfreies Berichterhalters — P. B. — sagt nun weiter:

Am 6. November abends habe er zufällig im Zaberer Anzeiger die "Wache" des Leutnants von Förstner gelesen. Er habe am anderen Morgen den Leutnant Förstner kommen lassen und dieser habe ihm erklärt, daß er so etwas Ähnliches gesagt habe. Er habe dann schriftlichen Bericht gefordert und die Untersuchung eingeleitet. Die Untersuchung sei, wie die Untersuchung ergeben habe, nur behebungslos gewesen. Einige Tage später sei ein Oberleutnant zu ihm gekommen und Unteroffiziere das Gefühl haben, daß er ihnen nicht noch gegen Zivilisten, so müßten sie sich eben so wehren. Eine Verlesung des Leutnants v. Förstner war schon deshalb nicht angeht, da ja die Unterordnung noch nicht abgeklüffelt war und Leutnant v. Förstner übergeben werden konnte.

Einige Tage später sei ein Oberleutnant zu ihm gekommen und habe ihm gemeldet, daß die Zivilbevölkerung gegen den Leutnant v. Förstner eine Demonstration plante. Er habe um Schutz bei der Polizei gebeten, dort sei aber nur ein Schutzmann gewesen. Auf der Straße war eine große Menschenmenge. Er habe dann eine Ansprache gehalten, da ihm die ganze Geschichte zunächst harmlos vorgekommen sei. Die Ansprache, die seine Volkstreu gewesen sei, habe keinen Erfolg gehabt, er habe sich dann gesagt, daß in der Wirklichkeit, wo Förstner mit seinen Kameraden lag, leicht Schlägereien entstehen könnten und die Offiziere darüber noch die Uniform verlieren würden. Er sei darum in die Wirklichkeit gegangen und habe die Offiziere befragt und mit ihnen ins Kasino gegangen. Die Menschenmenge habe dem Leutnant Förstner Schimpfparole nachgerufen; er (der Oberst) habe selbst keine Ruhe abgibt. — In Straßburg, wo er dienstlich zu tun gehabt habe, sei er von einem Bekannten aufmerksam gemacht worden, daß am Sonntag wieder Demonstrationen in Zaberer zu erwarten seien. Der Redakteur des "Wachposten" habe ihm auch mitgeteilt, daß Unruhen entstehen würden. Das sei ihm wichtig erschienen gegenüber dem Verhalten der leichtsinnigen Regierung. Er habe dann sofort die Wache verlassen lassen, den Kreisdirektor um Schutz gebeten und geschützt, daß er als Garnisonsältester

in kurzer Frist den Belagerungszustand verhängen werde.

Wenn die Polizei nicht energisch einschreite. Am 28. November war wieder großer Aufruhr auf dem Schloßplatz. Er habe den Leutnant Schadt den Auftrag gegeben, einen der Schreier festzunehmen.

Später sei ihm gemeldet worden, daß die Mannschaften sich beim Leutnant v. Förstner mit den Worten: "Ach bin ein Reuter" weiden mußten. Förstner ist dafür bestraft worden, eben so auch für die unklare und halbwegs falsche Worte und Karten bezeichnenden Inhalts habe er und seine Offiziere bekommen. Eine Karte lautete: "Wenn Sie und der Leutnant Förstner nicht bald Maß-Lothringen verlassen, werden Sie niedergeschlagen. Gehen Sie doch wieder zu den preussischen Kameraden. In zwei Jahren wird ja in Elsaß-Lothringen die französische Fregate stehen und der französische Kaiser wird die Deutschen ins Exil weisen". Unterdrückung der Karte: "Ein Häfener, der bei Euch dienen muß, aber Euch anspricht." Auf den Straßen sei hinter Förstner hergegangen: 10 Mr. her, Beiß! . . . Als Förstner die Schreier festgenommen hatte, teilte er dies dem Kreisdirektor mit. Im übrigen habe er bis zur Einbruchzeit, daß man

im zum Karren hatten wollen.

Im den Beschimpfungen ein Ende zu machen, sei der Leutnant Schadt mit einem ganzen Zuge angetreten; er habe die Gewehre laden, die Trommel rühen lassen und das Publikum auseinandergeprengt. Auf dem Schloßplatz war eine große Menschenmenge. Er habe dem Kreisdirektor telephonisch Mitteilung gemacht, aber der Kreisdirektor sei nicht gekommen. Ganz habe er es wider, daß der Bürgermeister krank im Bett gelegen habe. Durch das

Festhalten der Reute im Banburenkeller

habe er erreicht, daß die Auslieferungen nicht wieder vorstamen. Auf die Mitteilung des Regierungsassessors Großmann, daß es zum Schließen kommen könne, habe er gelangt, es solle ruhig zum Schließen kommen. Er ist auch gut, wenn es zum Schließen kommt, denn nur dann merkt das Volk, wie ernst die Situation ist.

Auf die Frage, ob er sich der Rechtmäßigkeit seiner Handlung bewußt sei, erklärt er, er sei dem Kaiser nur dafür verantwortlich, daß nichts Schlimmes passiere. Auf die weitere Frage, ob er Regierungsassessor Großmann, der Stellvertreter des Kreisrichters, erklärt habe, er wolle für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen, erwidert er, davon sei ihm nichts mitgeteilt worden. Er habe das Gefühl gehabt, daß die Polizei vollständig ohnmächtig sei.

Darauf wird der Angeklagte Leutnant Schadt vernommen. Er erklärt: Seitdem die Artikel im Zaberer Anzeiger erschienen seien, seien die Offiziere auf der Straße häufig beleidigt und verhöhnt worden. Die Offiziere seien vollständig geschlossen gewesen. Als er die Bestimmung vorkam, sei an dem fraglichen Freitag der Landgerichtsrat Kallisch auf dem Schloßplatz gestanden und habe eine herausfordernde Haltung eingenommen und erklärt, er (Schadt) habe ihm nichts zu sagen. Darauf sei er gefolgt worden. Das in den Augenblicken kam, daß er den Hauptmann Klein an die Brust gefaßt habe, sei nicht wahr. Er habe auch nicht gefaßt, daß Klein gefaßt habe, er habe aber das Gefühl gehabt, daß es nicht gehen, daß sie gefaßt hätten; denn

die Menge sei zu feige gewesen.

den Soldaten ins Gesicht zu laden. Im übrigen habe er sich mit dem Publikum nicht herumgeschlagen, dazu hätte er als preussischer Offizier zu hoch. Die Offiziere seien durch die geordneten Rang aus dem Hause gebracht, habe er selbst gesehen.

das Haus zu stürmen.

Neuhaus habe ihm dabei erklärt, daß er sich eines Hausfriedensbruches schuldig mache. Der bingelommene Regierungsassessor Großmann verbiere dem den jungen Reuter zu übergeben. Er habe über dem Hofplatz die Polizei richtig, daß der junge Mann wegen Aufregung des Volkes und wegen Aneinanderstoßens festzunehmen sei (man denke: weil er wagt, sich ins Haus zu begeben). Auf diese Herausforderung, daß er unschuldig sei, werde er wieder entlassen. Er (Schadt) hält sich zu seinem Vorgehen berechtigt, da er im Instinktsinstinkt selber gefaßt habe, daß man auf freier Tat jemand verfolgen und festnehmen könne.

Seugenernehmung.

Als erster Zeuge wird Kreisdirektor Maß vernommen. Er sagt aus: Am 5. November begannen die Unruhen. Er empfand es als Kränkung, daß der Oberst ihn nicht benachrichtigt habe. Vom Militär wurde er völlig ignoriert. Er traf alle Maßnahmen, die möglich waren; Verbarmen, Besetzung der Wachen wurden durchgenommen, auch die Feuerwehre wurde bereitgehalten. Von diesen Maßnahmen habe er dem Oberst Reuter Mitteilung gemacht, er habe ihm auch geschrieben, daß

zur der Kaiser den Belagerungszustand verhängen könne.

Reuter schickte ihm seinen Brief wieder zu rück mit dem Vermerk, daß sich auf der Straße viele Leute anammelten, und daß er im übrigen über seine Pflichten orientiert sei. Am Montagabend habe er sich über dem Hofplatz die Zielen aus Kindern. Er habe gesagt: "Wir geben nicht ins Kino, auf dem Schloßplatz ist mehr los." Er sei überzeugt, daß die Unruhen nicht vorgekommen wären, wenn nicht Förstner Dienst gehabt hätte. Die Unruhen hätten sich die jungen Offiziere auf der Straße betragt.

ihren Säbel schärfen lassen.

einer Karte sogar einen Hund mit. Leutnant v. Förstner kam aus der Straße, er sei dabei mit einem Säbel mit einer lächelnd die Menge. Das würde aufreizen. Auf die Frage, warum er (der Kreisdirektor) als der jüngere nicht zum Oberst gegangen sei, erklärte der Zeuge, er sei der Ansicht, daß Reuter, wenn er etwas von ihm wollte, zu ihm kommen müßte. Der Bürgermeister habe auf dem Hofplatz, wenn der Oberst die Kinder zu beruhigen, Dienstadt er (Zeuge) den Oberst auf dem Hofplatz. Erst gab man sich die Hand, dann

führ Reuter ihm (den Kreisdirektor) im Kaserment an.

Reuter war der Meinung, er sei durch Maß angeleitet worden. Zu dieser Aussage bemerkt der Oberst Reuter: Der Kreisdirektor sei auf dem Hofplatz sehr höflich auf ihn zugekommen. Weil aber der Kreisdirektor sagte: "Kommen Sie mit mir kommen können", habe er ihm erklärt: "Ihre Maßnahmen sind nicht genügend gewesen." Maß sagte dann ferner aus: Die Offiziere, die bei dieser Begegnung dabei waren, äußerten, sie wären entsetzt gewesen, wie Reuter den Maß angefahren hätte. Der Statthalter habe zu ihm gesagt: "Reuter hat mich über sich hergelassen, wenn der Oberst etwas von Ihnen will, so soll er zu Ihnen kommen." Der Zaberer Anzeiger habe allerdings einen bösen Artikel gebracht und diesen an seinem Geschäftsführer angehängelt. Man hätte ihm davon Mitteilung gemacht. Er hätte das Anschreiben der Zeitung nicht verbieten können, aber er sollte auf anderem Wege durch, das bei betreffende Artikel vom dem Oberst des Hauses entfernt wurde. Auf eine Zwischenfrage des Verteidigers sagte Maß, daß er viel mehr, als bekannt sei, für die 99 er getan habe. Am 20. November war alles ruhig. Maß habe auch Gölte und wurde beim Essen von Reuter angefahren, der ihn benachrichtigte, daß ihn ein solches Verhalten nicht anging. Darauf ging er sofort auf die Straße, wo ihm an der Tür mitgeteilt wurde, daß schon jemand verhaftet sei. Er traf Leutnant Schadt, der mit seiner Patrouille auf der leeren Straße auf und ab lief. Maß fragte den Leutnant, warum er dies tue, worauf dieser entgegnete, er sei bereit, was immer er tun könne. Darauf habe er Leutnant Schadt, den Kreisdirektor, daß er angeht, das Auftritts des Leutnants Schadt die Auffassung bekam, der

Leutnant Schadt habe wohl zu viel getrunken.

Der festgenommene Kaufmann Kallisch habe gefaßt und auf ihn nicht den Einbruch gemacht, als er ein etwas Unzufriedenheit benangene habe. Daß Kallisch es nicht habe, ist doch möglich. Am folgenden Freitag war er beim Hofplatz in der Nähe der Straßburg. Dort war ein Telegramm vom Redakteur Kallisch

aus Javern eingegangen. Er wollte sofort nach Gausle. Der Minister Mandl habe ihm jedoch gesagt: „Weil ich Sie nicht hier. Es haben einen Vertreter in Javern.“ Beim Diner habe der k. k. General v. Deimling das Glas erboben mit den Worten:

„Ertrinken wir auf den Krieg von Javern!“ Diese Ansage lief große Bewegung hervor. Es fiel umsoher, daß er nicht hätte nach Javern zurückfahren wollen. Der Minister Mandl habe ihm das extra befohlen. Am Sonntag, den 20. November, ging er mit einem Major und einem Staatsanwalt über die Grenze. Er erkrankte in Wien, doch schon wieder erkrankte er und in den Koblentzler Geleise wurde. Der später eingetroffene Generalmajor Kühn hatte ihm außerdem gebeten, beim Ausruhen des Regiments mit ihm auf der Straße sich setzen zu lassen. — Auf die Frage des Vertreters, ob es eine Revolte gedenke hätte, wenn die Gefangenen aus dem Koblentzler nach dem Amtsgericht geführt worden wäre, erklärte der Kreisrichter, das sei ganz ausgeschlossen. Der Leutnant Schadt sagt noch aus, daß er stets einen Hund bei sich habe, wenn er aber beleidigt würde, brauche er keinen Hund, dann könne er sich mit seiner Waffe selbst verteidigen.

Der Generalmajoramtweiser K. v. R. erklärt: Der Kreisrichter habe ihm Befehl gegeben, energisch vorzugehen. Für ihn habe aber kein Anlaß vorgelegen, weil es Kinder gewesen seien. Die bessere Bevölkerung habe ihm erklärt, daß Offiziere mit der Faust am Säbel durch die Straßen spazieren ließen. Er selbst habe das nicht wahrzunehmen. — Der Staatsanwalt verhält sich hinsichtlich der Ansagen des Kreisrichters bezüglich der Mitteilungen des Obersten, daß er den Belagerungszustand verändern wolle. Johlen und Schreien habe er auf der Straße nicht gehört. Am Schloßplatz seien Soldaten mit aufgestellten Seitenschwären gewesen und er habe gesehen, wie

der Staatsanwalt dem Kommandanten verhält. Der kommandierende General habe dem Oberst Befehl gegeben, sofort die Patrouille zurückzuführen. Er sei zu dem Oberst Reutter gegangen und habe ihm geboten die Patrouille zurückzuführen. Reutter habe erklärt, wenn er weiter nichts zu sagen habe, halte er die Unterredung für beendet.

Der Oberst erklärte auch, er halte es für ein Glück, wenn jetzt die Rufe:

Regierungssachverwalter Großmann wolle aus anordnen, daß auf der Straße niemand stehen bleiben solle, damit Reutter keine Veranlassung zum Schießen habe. Bei einer Veranlassung habe er gesehen, wie ein Arbeiter, der mit dem Rücken nach dem Schloßplatz stand, angefaßt und fortgeführt wurde. Der Oberst Reutter erklärte dann, er habe sich gesagt, daß er allein die richtigen Maßnahmen nur beurteilen könne, da er alles was er gesehen habe anahen habe. Auf die Frage des Vertreters, ob der Regierungssachverwalter Großmann seinen Namen, welchen Joch der Oberst Reutter mit seinem Namen verfolgt habe, erklärt Großmann, das wisse er nicht.

Der Zimmermeister Knöppler, dessen Ansagen ziemlich belanglos sind, erklärt, daß die Manifestation meistens in Wien und in Javern abgehalten wurden. Der Regimentsarzt Stieger sagt aus, daß die Demonstration keine Volksmenge war; er habe gesehen, wie

der Staatsanwalt Kalisch verhält und mit einer Patrouille von vier Mann nach der Mauerlinie gefahren wurde. Später habe er mit dem Oberst Reutter im Gefängnis gesprochen und dieser habe ihm erklärt, die Autorität müsse aufrecht erhalten werden. Er habe gesehen, wie ein Mann, der in der Mauerlinie stand, angefaßt und fortgeführt wurde. Der Oberst sei dabei entsetzt, daß der frühere Oberst sehr leutlich war, während Reutter

sofort den preussischen Schmeiß heranzehre. Interoffiziere seien dem Oberst sofort angefaßt worden. Es wurde in Javern erzählt, daß zwei Selbstmörder von Soldaten auf das Konto des Obersten zu setzen seien.

Nach wurde dem Oberst sehr viel genarrt, daß er dem Regierungssachverwalter nicht antwortete. Er habe erklärt, daß er ein Eingabiger der 6 Jahre in Paris studiert habe, vom Oberst mit den Worten: „Sind also ein Franzosenschaf!“ angeprochen wurde. Der Oberst habe dann auf dem Schloßplatz eine Anrede gehalten und alles abgeschrieben, während die Leute erwaute hatten, daß eine Verhaftung der Schuldigen begangen wurde.

Der wichtigste Redner Oberst Reutter erklärte: Es seien feierliche keine Selbstmörder vorgekommen. Interoffiziere seien allerdings in der letzten Zeit abgegangen, weil die meisten über 12 Jahre gealter hätten. Der Verlust mit dem Einjährigen habe zu geben ihm habe eine Verleumdung herangezogen. Der Staatsanwalt Kalisch sagt aus, daß es auf dem Schloßplatz ruhig zugegangen sei. Er habe gesehen, wie ein Mann, der in der Mauerlinie stand, angefaßt und fortgeführt wurde. Er sei dann fortgegangen, da er mit dem Regiment nur stand und nichts mehr mit der Angelegenheit zu tun haben wolle. Leutnant Schadt erklärt zu dieser Ansage, daß es nicht richtig sei, daß es ruhig zugegangen wäre. Er selbst habe auf der Mauerlinie die johlen Rufe gehört.

Darum erklärte der Staatsanwalt Kalisch: Bei all diesen Vorfällen sei ihm ein Bild in Erinnerung gekommen, das bekannte Bild, wie die Kasaken in Petersburg saßen.

Es sei Tatsache, daß wild drauflos verhaftet wurde. Ein Volkseindiger hätte ihm gesagt, daß eine Frau vom Arme ihres Mannes weg verhaftet wurde. Der Mann war nicht ein Soldat, er sei wohl ein Arbeiter zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, jetzt lege er sein Mandat nieder, zu hüten ihn die ganzen Vorstände angreifen. Daß seine Antimotiv gegen das Regiment herrsche, ist aus dem daraus hervor, daß beim Aufbruch des Regiments keine Hilfe ausgetrieben wurden, höchstens sich man mittellose Hilfe.

Der Minister v. Deimling hat die Aute „Selbstmörder“ gehört, er habe auch gesehen, wie ein Mann festgenommen wurde, der obsolet nichts gemacht hatte. Vom Johlen hörte er nichts gehört, wohl aber, daß aus dem Hotel Sonne das Lied erscholl: Deutschland, Deutschland über alles. Auch habe er gesehen, wie Leutnant Schadt in ein Haus eintrat, um den Schreiner Wm heranzuholen.

Der Patrouillenführer Leutnant Knärd, erklärte: Am 20. November, als die Offiziere von der Turmhöhe kamen, sei ihnen das bekannte Wort nachgezogen und losgehört worden. Einen Mann hätten sie dann festgenommen, von dem sie annahmen, daß er die Aute ansprechen habe.

Die Verhandlung geht weiter.

## Politische Ueberfahrt.

Halle (Saale), 6. Januar 1914.

### Der Gegen des Jubiläumjahres.

In der Reichsfeier März schreibt Otto Garmad: „Es hat so kommen müssen. Der Ueberführung einer künftigen Generation und mit schillernder Schicklichkeit für vorher bestimmte Zwecke ausgenutzt. Begreifung mußte das Selbstgefühl des Militarismus ins Ungemessene und Unerschöpfliche steigern. Statt daß die Erinnerung an den großen Volksaufstand vor

100 Jahren zur Belebung des patriotischen Selbstgefühls und patriotischen Verantwortlichkeitsgefühls des deutschen Staatsbürgers geführt hätte, wurde sie fast ausgenutzt, um eine nie dagewesene und niemals geahnte Erhöhung der Militarität zu bewerkstelligen. Wir wollen heute nicht mehr auf die allgemeine Frage zurückkommen, ob und in welchem Maße diese Erhöhung notwendig war. — Jedenfalls darf aber die ungläubig bestechende Erleuchtung, welche der Veranschaulichung als auch der finanziellen Bedeutung die Folge eines abnormen Geisteszustandes, in dem sich das deutsche Volk und auch der Reichstag hatte beineindringen lassen. Wie diese Ueberbereitsigkeit auf die militärischen Kreise wirkte, ließ sich ohne weiteres daraus ersehen, daß die berufstätigen Kriegsheiter, wie der General Keim, sofort nach der gegebenen ungeheuren Bewilligung neue Forderungen auszusprechen die Dringlichkeit hatten. Der Deutsche Wehrverein, dessen Gründung vom Anfang an ein Zeichen überzeitiger kriegsbüchiger Empfindungen gewesen war, (denn die deutsche Regierung wurde dadurch nicht auf dem Wege militärischer Forderungen vorwärts gedrängt zu werden), sollte für die Durchführung auch dieser neuen Forderungen fruchtbar sein.

Auch die politische Ueberbereitsigkeit der militärischen Jugendbewegung gab ein deutliches Bild davon, wie die militärische Macht zur unbedingten Herrschaft im deutschen Volkstum gelangen sollte, und mit wie willensvoller Bereitwilligkeit der Militärismus dieser willensvollen Zielbewußtheit unterlag. Militärische Erziehung kann bis zu einem gewissen Grade in den Schulanstalten selber getrieben werden; die Auslieferung 12 bis 14jähriger Jünglinge an das militärische Kommando von Leutnants ist aber eine Sinnlosigkeit und eine Verletzung der elterlichen Pflicht.

Das schlimmste Symptom jedoch des überzeitigen militärischen Zustandes, in den Deutschland geraten war, bildete die Schamlosigkeit, mit der die höchsten Kulturkreise unter den Nationen gerückt sind, verbunden und beschützt wurden. Man braucht durchaus keine phantastische Vorstellung von der Höhe dieses zu erreichenden Zieles zu haben; aber das Ziel selbst heranzugewinnen ist der Ausdruck eines schlimmen moralischen Zustandes, und in Deutschland wurde das in diesem Jahre gesehen, ohne daß das allgemeine moralische Gewissen sich empörte. Die Vorträge der besten Geister, eines Immanuel Kant und Leo Tolstoi, wurden von pensionierten Generalen und Stabsoffizieren ins Rächerliche gezogen und fast beinahe die Dogmen einer Religion bluttriefender Barbarei vermindert.

Nun ist die Schicksalsfügung von Javern heringegeben, in Veranbreitung des alten Spruches: „Quem deus vult perdere, prius dementat“, und sie wird vieler Augen öffnen und viele auf einen andern Weg weisen. Sie bringt uns wieder zum Bewußtsein, daß es im Wesen des Militarismus nicht liegt, zu Allen her zu sprechen und jede Selbstkritik zu scheuen. Man hat sich zu merken zu haben, daß es daher die selbstverständliche Pflicht des Staatsbürgers ist, ohne jede grundsätzliche Feindseligkeit doch fortwährend auf seiner Hut vor den Uebergriffen des Militarismus zu sein und vor allem sich nicht in quumittiger und trübseliger Hingabe seinen Forderungen zu beugen. Sie wird im besondern lehren, daß Leutnants nicht die geeigneten Organe der Jugenderziehung sind, und daß, wenn Staatsbürger Wehrvereine gründen, daß, wenn wir unsere hohe kulturelle Stellung unter den Nationen behaupten wollen, wir uns vor allem ihnen, unter ein Säbelregiment zu geraten, das an Stelle der Vernunft die Willkür setzt.“

### Die Waffen beginnen sich zu rühren.

Eine wuchtige Kundgebung gegen den von den Schärfnadern geplanten und von der Regierung unterstützten staatslosen rechtsradikal, der sich namentlich in einer immer stürmischer verlangten Besetzung vom Säbel der Streikbrecher offenbart, so wie gegen die ganze volksfeindliche Politik der Weimarer Dollwichtigen Regierung kam am Sonntag nachmittag in Varnhagen. Die Kistenbände des Sitzungssaales füllten mehr als 5000 Personen und in zwei weiteren großen Nebenzimmern mußten gleichfalls Veranlassungen abgehalten werden, an denen etwa 2000 Personen teilnahmen. Da eine halbe Stunde vor Beginn der Veranlassungen sämtliche Räume wegen Ueberfüllung polizeilich abgegeschlossen werden mußten, fanden überaus rauhe Zustände einsetzten. Unter großem Beifall sprach der Herrschaften Oberst und Scheidemann. Eine entsehrliche Resolution fand in den drei Versammlungsräumen einstimmige Annahme.

### Zum preussischen Eisenbahn-Terrorismus.

Der Abgeordnete Adlung (Dsp.) hat im heftigsten Landtage folgende Interpellation an die Regierung gerichtet: „In der Groß-Preussischen Regierung, daß die Direction Mainz der preussischen Eisenbahnenverwaltung die Beschlüsse der Reichsversammlung des Verbandes deutscher Eisenbahnenarbeiter und Arbeiter (Eisenbahner) folgende Forderung für die Verhinderung der Verstaatlichung 14jähriger Arbeiter zu verlassen hat. In der Groß-Preussischen Regierung in der Lage und gewillt, bei der preussischen Eisenbahnenverwaltung Schritte zu unternehmen, um die Rechte der Arbeiter zu wahren.“ — Da es sich hier um eine der geübtesten Organisationen handelt, die ausschließlich auf das Streikrecht bezüchtigt und deren Tagungen in der Regel von den bürgerlichen Abgeordneten aller Parteien besucht werden, so wird immerhin von Interesse sein, zu erfahren, welche Stellung die „nationalen“ Parteien zu dieser von uns geführten richtigen Maßregelung einnehmen.

### Das Konturverfahren als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

In der dritten Sitzung des 34. Gemeindevollzugsrat der Stadt Berlin wurde vor kurzem an Stelle des Genossen Grunwald, der sein Mandat niedergelegt hat, der Genosse Karl Heydolph als Stadtvorordneter gewählt. Genosse Heydolph ist durch den Rücktritt vom Jahre 1904 der beizugehörte Mann der Rademeyer geworden. Er wurde auch feierlichst wegen Verbreitung eines Flugblattes zu 6000 Mark Schadenersatz verurteilt. Da Genosse Heydolph diese Summe nicht bezahlen konnte und alle Verfolgungen ergebnislos waren, so verfuhr man es jetzt auf andere Art zum Ziele zu kommen. Nachdem nämlich Heydolph bereits den Offenbarungseid geleistet hat, ist jetzt, nachdem er zum Stadtvorordneter gewählt worden ist, ganz plötzlich — am 30. Dezember — das Konturverfahren über ihm verhängt worden. Bekanntlich ist die Verhängung von diesem Konturverfahren ein Akt, der nur in einem einzigen Falle in einem Verurteilten verhängt werden kann, nämlich in dem Falle, wenn der Verurteilte ein Konturverfahren mittelteilig geworden ist, heißt es in der Notiz: „Nach der Städteordnung verliert der in Konturverfahren Genannte das Bürgerrecht; der neuwählbare Stadtvorordneter kann daher nicht eingeführt werden. Das

Bürgerrecht kann ihm wieder verliehen werden, sobald er seine Kontur bezahlt hat.“

An der Befreiung des Vermögens des Gen. Heydolph kann seinen Gläubigern oder dessen Hinterbliebenen auch weniger gelegen sein, als an der Befreiung des Genannten aus dem Konturverfahren. Denn sonst hätten die Heydolph einfach wieder zum Konturverfahren gekehrt. Die Interessenten dieses Konturverfahrens können ja auch gar nichts mit dem finanziellen Erfolge, da sie sich die Stellung ihres Antrages auf Konturverförmung erheben haben. Sicherheit in jeder Höhe bei Nichtvorhandensein einer Masse zu leisten. Unbegreiflich ist, daß das Amtsgericht in diesem Falle das Konturverfahren eröffnet hat, da ja nur ein Gläubiger vorhanden ist und das Konturverfahren doch in den Händen haben soll, das etwa vorhandene Vermögen unter mehreren Gläubigern rechtmäßig zu verteilen. — Wegen die Eröffnung dieses Konturverfahrens ist natürlich Beschwerde eingelegt worden.

### Deutsches Reich.

Die Nationalvereine lassen sich jeden Austritt gefallen. Die Preussische Lehrervereinigung teilt mit, daß der Vorsitzende des Ortsvereins Lehrervereins, Lehrer Weutter, nach 14jähriger Amtslosigkeit in seiner jetzigen Stelle vom Minister plötzlich nach Schmalz bei Remel versetzt worden ist. Die Reichsvereine sind, weil es als Nationalvereine im letzten Wahlkampf heftig gegen die Konfessionsverbände und für den nationalliberalen Bürgerverein Man-Orelsbura, dessen Aufstellung als Kandidaten er wesentlich bewirkte, agitatorisch tätig war. Die Schuldeputation in Orelsbura mit Bürgerweiter Man an der Spitze hat sich diesen Einfluß in die Rechte der Anstalten tätig. Der Hauptstichpunkt ist ein Angehörter der Landesversicherungsanstalt, der sich durch den Aufwand, den er trieb, verächtlich gemacht hatte. Einer der Verächtlichen, ein Konfessionsangehöriger, ist geflüchtet. Die Spionage wurde zugunsten des „Lehrerweutes“ Ausland betrieben.

Von der Spionagefrage. In der letzten Zeit sind, wie erst jetzt bekannt wird, in Königsberg eine Anzahl Verhaftungen wegen Spionageredes vorgenommen worden. Die Verhafteten waren bei Militärbehörden und in militärischen Anstalten tätig. Der Hauptstichpunkt ist ein Angehörter der Landesversicherungsanstalt, der sich durch den Aufwand, den er trieb, verächtlich gemacht hatte. Einer der Verächtlichen, ein Konfessionsangehöriger, ist geflüchtet. Die Spionage wurde zugunsten des „Lehrerweutes“ Ausland betrieben.

### Seine politische Redungen.

Das preussische Verfassungsorgan, das am Donnerstag zumantretenden preussischen Reichstages-Tagung wird der Entwurf eines Parzellierungsgesetzes zugehen. Der Entwurf bezieht sich auf den ganzen Bereich der Monarchie, enthält aber besondere Bestimmungen für die Ostmark. Der Polizeipräsident von Schöneberg, Professor v. Hüdinghausen ist für das Normierungspräsidium in Garmisch-Partenkirchen, die Reichstages-Tagung, soll alle im dunkelsten Geheimen die Autorität durchsetzen. Weimant an der Spitze. In der Novelle zur Verfassungsgesetzgebung, die dem Landtag nach dem seinem Zusammenkunft vorgelegt werden soll, werden alle Affizientenstellen in ihren Bezügen vom 1. April d. J. ab aufgehoben werden. Das ist der Affizientenstellen, die bereits vom 1. Oktober ab der Gehaltsverhöhung teilhaftig wurden, gleichgestellt werden. — Die Arbeiter des preussischen Staates erhalten natürlich wieder nichts.

Konferenz der preussischen Landverwaltungen. Im Laufe des Januar wird in Berlin eine Konferenz der preussischen Landverwaltungen stattfinden, die zu einigen von der Regierung ausgearbeiteten Gesetzentwürfen Stellung nehmen soll. In der Hauptfrage handelt es sich um die Entwirfe eines Kommunalabgaben- und eines Wohnungsgesetzes.

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Dr. Ritter ist gestorben. In den Redaktionen wird kurz nach dem Tode die Vorlesung zur Veranlassung des Reichstages und Sitzungen ausgearbeitet. Dieses jetzt zur parlamentarischen Verhandlung gestellt werden soll.

### England.

Gegen das Wehrstricken. Der Herr Stauden Budmaier, ein Mitglied des englischen Kabinetts und Generalkonsulats, hielt am Sonntag in Bradford eine längere politische Rede, die um so bemerkenswerter ist, als er die fälschlichen Ausstellungen Lloyd Georges über die Einschränkung der Rüstungen nach und nach unterricht und besonders das zu erwerbende gute Einvernehmen mit Deutschland betonte. Budmaier führte u. a. aus: Das einzige Mittel der Einschränkung der Militärausgaben besteht in einer spontanen Willensänderung der englischen öffentlichen Meinung, in dem diese die Ausgaben streng regeln müßte. Wenn das englische und das deutsche Volk sich die Hände reichen wollten, würden alle diese Ausgaben sofort unnötig werden. In England wie in Deutschland hat die arbeitende Bevölkerung keinen Grund zu Unzufriedenheit. Wenn sie sich freundschaftlich die Hand reichen würden, so würden sie nur ihre Interessen bedeutend fördern. Wenn dagegen die Ausgaben für die Rüstungen in Zukunft noch anwachsen, so würden wir Unruhen im Innern erleben, da wir die arbeitenden Klasse das Leben zu verteuern gezwungen sein würden, wie uns gegen Schwierigkeiten, die von außen kommen, zu schützen genötigt würden.

### Frankreich.

Das Defizit des französischen Budgets. Zur Stunde weiß man nicht, so schreibt man uns aus Paris, wie groß das vorhandene Defizit ist. Gewiß ist nur, daß es unheimlich groß ist. Der vergangene Finanzminister hat ein markiertes Budget aufgestellt, das durch allerhand armelige Kunstgriffe die Schuldverhältnisse verdecken sollte. Herr Caillaux hat zunächst die Mittelverhältnisse zurückgezogen und eine Gesamtsumme über den Stand der Finanzen angeordnet. Das Defizit ist noch nicht bekannt. Herr Caillaux konnte jedoch bereits vor einigen Tagen im Senat mitteilen, daß die 900 Millionen außerordentliche Ausgaben, verursacht durch die Militärausgaben, und die sein Vorgänger als vollkommen ausreichend erklärt hatte, um vielleicht 600 Millionen überschritten worden sind! Man kann also sehr wohl die Vergrößerung der Militärausgaben für das vergangene Ministerium verstehen.

Das Budgetdefizit, das sein Vorgänger auf 800 Millionen eingeschätzt hat, hofft Herr Caillaux durch Erparungen auf 600 Millionen herabzubringen. Die Art der patriotischen Staatsfeindlichkeit auf das Ministerium Doumergue ist also nicht minder verächtlich. Aber bei den 600 Millionen bleibt es nicht. Denn die Erhöhung der Offiziers- und Unteroffiziersgehälter, die 100 Millionen kostet, zieht unvermeidlich eine Erhöhung der Beamten nach sich. Maroffo, ob es nun im Budget steht, ohne besonders bedacht wird, kostet deshalb









# Aus der Provinz.

## An die Parteigenossen in den Landgemeinden!

Nach § 36 der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen Preussens liegen in den Landgemeinden, in denen dieses Jahr die Wahlen der Gemeindevertreter stattgefunden haben, die Wählerlisten zur Einsicht aus. Der Gemeindevorsteher ist verpflichtet, die Listen in dem Zeitraum vom 15. bis 30. Januar - d. h. nicht früher und nicht später - in einem vorher zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Raum zu jedem vorher zur Einsicht anzulegen. Jeder Stimmberechtigte kann gegen die Richtigkeit der Liste auch nur während des genannten Zeitraums Einspruch beim Gemeindevorsteher erheben.

Da in den meisten Landgemeinden von einem eigentlichen Wahlkampf so gut wie gar nichts zu spüren ist, so seien unsere Parteigenossen schon jetzt auf die wichtigste Vorbereitungsmaßnahme aufmerksam gemacht: die peinlichste, sorgfältigste Kontrolle der Liste. Immer wieder werden Klagen laut über mangelhafte, unvollständige, überflüssige Aufstellung der Listen. Das Oberverwaltungsgericht als höchste Instanz hat entschieden, daß die Einsichtnahme auch für andere Wähler erfolgen darf. We, also nicht hingehen kann, der beauftragte einen Bekannten, der die Kontrolle vornimmt. Es ist schmerzlich, wenn am Wahltag dieser oder jener sein Wahlrecht nicht ausüben kann, weil er nicht in der Wählerliste verzeichnet ist. Es ist raffisch, daß unsere Parteigenossen aus dem Lande die Listenkontrollen organisieren, und zwar derart, daß einer oder mehrere sich zum Auslegungsort begeben und das wichtige Geschäft für alle diejenigen besorgen, die aus irgendwelchen Gründen dazu nicht in der Lage sind.

Genossen! Sorgt schon jetzt für die Richtigkeit der Wählerliste, das ist die wichtigste Arbeit zur Gemeindevorsteherwahl. Wenn es ernst ist um den Fortschritt in den Gemeinden, darf nicht nur am Wahltag, sondern bereits vorher mit allen Kräften für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten eintreten!

## Die Ausschüsse des Kanalprojekts Torgau-Eilenburg-Leipzig.

Ueber die in letzter Zeit vielbesprochene Kanalverbindung Berlin-Leipzig, unter Berührung der Städte Torgau und Eilenburg wird der Vorpresse geschrieben: „In der Presse finden sich jetzt genauere Mitteilungen über ein Kanalprojekt, das eine Verbindung zwischen Leipzig, Torgau und Berlin bezweckt und dessen nähere Einzelheiten von der Kanalbaukommission des Reichs ausgearbeitet sind. Demnach ist zu erwarten, daß sich die Kosten auf etwa 64 Millionen Mark belaufen werden, so daß der Kilometer etwa 300 000 M. kosten würde. Die Vorarbeiten und die Befestigung des neuen Kanalunternehmens gehen von der Voraussetzung aus, daß die in Betracht kommenden Staatsregierungen sich an den Kosten aus beteiligen sollen, da wohl nur dann eine Verwirklichung der Kanalpläne in Frage kommen dürfte. Wieser hat sich, wie wir erfahren, keine der Regierungen offiziell mit den Plänen befaßt. Es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß allen derzeitigen Projekten gegenüber große Vorsicht am Platze ist. So ist zu bezweifeln, daß der Nachweis der Rentabilität der neuen Wasserstraßen - es wäre eventuell der **Rhinisch-Elbe-Verkehr** - erbracht werden kann. Dieser Punkt ist aber der ausschlaggebende für eine Förderung der Angelegenheit durch Beteiligung des Staates an den Kosten usw. Man sieht deshalb dem Unternehmen, soweit eine Förderung durch staatliche Mittel in Betracht kommt, recht skeptisch gegenüber. Abgesehen hiervon, sind auch Ermagungen anderer Art zu berücksichtigen. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß das Projekt des Elbe-Saale-Kanals bereits vorliegt. Die preussische Regierung hat sich bereit erklärt, die Saale von der Mündung bis Apenburg für Schiffe bis zu 400 Tonnen schiffbar zu machen. An diesem Projekt haben die preussische und die sächsische Regierung natürlich ein erklärliches Interesse, zumal da nach den bisherigen Ergebnissen, die bei den Prüfungen zutage traten, vor allem die Rentabilität der Wasserstraßen vorhanden sein dürfte. Selbstverständlich ist auch erst die Saale-Regulierung seitens Preussens vorzunehmen, bevor das Kanalprojekt greifbare Gestalt annehmen kann, und erstere ist als ein nach dem Inkrafttreten des Schiffahrtsabgabengesetzes möglich. Es liegt demnach der Kanalbau, auch noch in sämtlich weiterer Hinsicht, da die diplomatischen Verhandlungen über die Schiffahrtsabgaben noch schweben. Weiter ist zu bedenken, daß die Elbe und Weisse bereits jetzt durch zwei Schiffahrtswege verbunden sind, von denen der eine die Sabel, der andere der Fluß und Elbe-Kanal benützt.“

## Schulstube. Das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen.

Wie in Berlin und Leipzig, wo man einen leitenden Professor den Krankenkassenmitgliedern als Vorsitzenden auftrug, haben auch hier die Unternehmer es fertig gebracht, daß der Allgemeine Ortskrankenkasse von Amts wegen ein Zwangsverwalter beider wurde. Bekanntlich kam bei der Wahl des Vorsitzenden des Vorstandes keine Einsicht zustande, weil die Arbeitgeber die Erklärung betr. Hebernahme der beiden bisherigen Beamten nicht abgeben „konnten“. Nun hat das Bezirksamt sich einen Vorwender in der Person des Rechtsanwalts Caffranen bestellt. Als Entschädigung sind pro Monat 125 M., oder pro Jahr 1500 M. festgesetzt. Der bisherige Vorsitzende erhielt pro Jahr nur 400 M. Wegen ein derartiges Verfahren kann nicht energig genug protestiert werden. Nach § 329 der R.

S.O. können die Arbeitnehmer gegen diese Ernennung Einspruch erheben, da Herr Caffranen Arbeitergehilfe ist.

**Wahltag.** Aus der Partei. Am Sonntag fand unter Parteivorstandung statt, welche lebhaft betriebl war. Es wurde beschlossen, daß der Wahltag am Sonntag, den 15. d. d. im Monat, sondern am Sonntag nach dem 15. jeden Monats stattfinden sollen. Dann wurde die Ergänzungssatz der Teilungskommission vorgenommen, zu der Genosse Reine einstimmig gewählt wurde. Die Teilungskommission besteht nun aus folgenden Genossen: Hans Reine, und Hugo. Als Leiter des Ausschusses für die Verteilung des Wahlmaterials usw. sind bei einem der genannten Genossen angetreten. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, am 28. Februar ein Beiratsmitglied abzuwählen.

**Eilenburg.** Eine Ausstellung für Volksgesundheit und Jugendpflege findet bis Donnerstag, den 8. Januar, in der Turnhalle der Stadtschule statt. Der Antritt der Ausstellung wird die Ausstellung nur geschlossen werden. Neben Ausstellung für Literatur, Kunst, Sport, Tauglichkeits-, Jugendpflege, Volksernährung, Sport und Wohnungsreform zeichnet sich die Ausstellung für Schundliteratur aus. Diese ist besonders aufmerksam zu studieren. Die Bekämpfung dieses Volksgiftes ist unsere erste Aufgabe geworden. In einem Vortrag, den ein Lehrer über die Verwertungen des Bücherbundes hielt, zeigte er scharf die Verwertung der Schundliteratur. Unangenehm wird es freilich für manche Patrioten wirken, daß neben den berüchtigten Richter-Heften auch Bücher wie „Unter deutscher Flagge“ und „Von deutscher Treue unter der Schundliteratur“ zu den besten sind.

**Eilenburg.** Vom Streik der Korbmacher. Wie schon kurz berichtet, ist bei der Firma Wicht ein Streik ausgebrochen. Die Geschichte des Streiks geht so recht den Herren an, der neue Anhaber des Betriebs. Als vor einigen Wochen Herr Wicht in finanzielle Schwierigkeiten geriet, fand er in einem Herrn Peters einen rettenden Engel. Das Geld wurde in eine Genossenschaft n. b. S. umgewandelt und Herr Peters übernahm die Leitung. Am 19. Dezember wurde dem arbeitslosen Teil der Arbeiter mitgeteilt, daß sie bis zum 5. Januar ausbleiben müßten, da es angeblich an Material mangelte. Während dieser Zeit erhielt die händige Lohnkommission der Korbmacher die Mitteilung, daß die Genossenschaft durch die Konturen gezwungen sei, die bisherigen Arbeitslöhne zu reduzieren. Damit sah die Kommission für die Unternehmer auch noch, plane man zu hohe Beträge abzugeben, daß dadurch der Lohn für einzelne Kollegen um 4 bis 5 M. pro Woche niedriger wurde. Diese Leute sind an dem einmütigen Zusammenhalten der Kollegen gekümmert. Am Montag früh verhandelte die Kommission nochmals mit den neuen Herren. Das Resultat war aber gleich Null. Man sah sich nicht anders, als die Arbeiter zu entlassen, um sie nicht dem Herrn Peters erleben, daß sämtliche Kollegen, 34 an der Zahl, dem Betrieb des Herrn Peters über die Mitglieder des Holarbeiterverbandes, das wird die Zukunft lehren. Wir meinen aber, daß ein Unternehmen, welches an bestimmte Lieferterminen gebunden ist, alle Ursache hätte, mit den Arbeitern Frieden zu halten.

**Eilenburg.** Am Montag früh wurde der bei der Bahn beschäftigte Arbeiter Bretzer auf dem Bahnhofs von einem Gendarm überfahren. Die erlittenen Verletzungen hatten den Tod des 37jährigen Mannes zur Folge. Er hinterläßt eine Frau und mehrere Kinder.

**Meinwittendorf.** Gelandete Leiche! Auf heutiger Gemeindefestung der seit ungefähr zwei Monaten verunglückte Arbeiter Weg aus der Elbe gelang. Es war damals, als er verunglückte, tags zuvor ein Ungenueinacht zurückgeführt, war keine Beobachtung gemacht.

**Torgau.** Spühbanden hatten in der Nacht zum 2. Januar dem Schmiedlichen Haeckelgrundstück einen Besuch ab. Die Diebe stahlen aus dem Schloßraum der Kuchelkleinungsfabrik sowie zwei Taktendrehen. Alle in dem Räume schlafenden Stenche haben nichts gemerkt von der Mauerer; sie schliefen so fest, daß sie nicht einmal gehört haben, wie die Diebe eine schwere Last hineingeschleppt haben. Die Diebe wurde vor dem Hause erwischt und ihres Unhalts beraubt. Von den verurteilten Tätern fehlt jede Spur.

**Waldau.** Wer terrorisiert? Vor einigen Tagen erschien ein Bericht im Volksblatt, in dem mitgeteilt wurde, daß die Brauerer Reichsverband in der Provinz sich für den Brauerer-Verband angegliedert haben, jenseits, aus der Organisation austreten. Da die Ereignisse der Brauerer auch hier in Bodwig und Umgebung zum Ausdruck kommen, so mögen die hiesigen Arbeiter an das Vorgehen des Herrn Fiedler in Huldland denken.

**Wiesla.** Opfer des Bergbaus. Ein furchtbares Unglück ereignete sich am Sonnabend nachmittags gegen 2 Uhr im hiesigen Bergbau, Drahtschneidwerkzeug. Die Grubenarbeiter Wilhelm Ehn von hier und Georg Sackula aus Döllingen waren mit dem Rammern eines Quades beschäftigt und erwarteten nach am selbigen Tage das Niedergehen des selben. Kurz nach der Einsicht am Radumittag ereignete sich das furchtbare Unglück, indem der Quade, ohne daß die sonst üblichen Anzeichen sich bemerkbar machen, niedertag und der Bergarbeiter unter sich begrub. Das Unglück ereignete sich wenige Minuten, nachdem der als Aufsichtsperson bezeichnete anerkannte Beschäftigte den Quade befahren und „in ordnungsmäßigen Zustände“ angetroffen hatte. Der Berg sollte einige Stunden später, nachdem die losgehende Arbeit in die Waagen gestellt war, gewonnen werden. Mit dem Rettungsbew. Rettungsarbeiten wurde sofort begonnen. Die in der Nähe arbeitenden Kameraden eilten sofort herbei, fanden die beiden Bergarbeiter aber bis an den Hals mit Erdboden bedeckt zu der. Mit welcher Todesverachtung sie kämpften lieh sich an dem Rettungsanstreben, welche sich aber recht furchtbar gestaltete, da immer wieder neue Erdballen nachfielen. Nach ununterbrochener mühseliger Unternehmung gelang es nachts 12 Uhr den Grubenarbeiter Ehn zu bergen, der aber sehr leblos mehr von sich gab. Sonntag morgen 12 1/2 Uhr wurde die furchtbare Leiche des Grubenarbeiters Ehn geborgen. Wenn die Schuld an dem furchtbaren Unglück trifft, wird hoffentlich die entsprechende Untersuchung ergeben. Ehn hinterläßt eine Witwe mit sieben erwachsenen, Etzola eine Witwe mit zwei erwachsenen und zwei kranken Kindern. So mußten zwei brave Bergarbeiter, welche ein halbes Menschenalter im hiesigen Bergbau die härtesten Schätze geborgen, im Dienste des Handels ihr Leben lassen.

Auch im benachbarten Senftenberg Kohlenrevier, im Wasserhollen der Grube Marza, ereignete sich am Freitag ein

schweres Unglück, indem die Grubenarbeiter Hofmann und Schöner durch zusammengebrochenen Kesselstutzen verunglückt und getötet wurden. Außerdem fuhr ein Abraumzug eine Bohrung hinunter und ließ gegen eine elektrische Maschine, wodurch der Maschinenführer tödlich verletzt wurde. Was kümmert sich die Kapitalisten, die den Epier ihrer Profitgier, wenn nur der Erdbodenbeugen nicht geschädigt wird.

## Bereine und Versammlungen.

**Bodwitz.** Der nächste Frauenabend wird Donnerstag, den 8. Januar, in der Stadt Wabau, die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Frauenvereins Sonntag, den 16. Januar, im selben Saale stattfinden. Genosse Reider hält seinen letzten Vortrag. **Merzbutha.** Parteikonferenz! Die Sitzung der Parteikonferenz findet am Donnerstag, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Kaiser Wilhelmshalle statt.

## Letzte Nachrichten.

### Vom Heutigen-Fest.

**Strahburg (Els.).** 6. Januar. Um 9 Uhr vormittags wird das Beugenberth fortgesetzt. Es sind noch 68 Zeugen zu vernehmen. Die Zeugin Frau Ewers. Inhaberin eines Zigarrengegeschäfts, gibt eine Reihe von Schimpfwörtern wieder wie „Dresdenerhölz“. Die Ausrufung, es werde offenbar gegen die Offiziere gehet, nimmt sie auf Veranlassung des Bürgermeisters zurück. Die Stadtmacher seien Leute aus der Umgegend und haltwüchsiges Durcheinander aus Jähren gewesen. Lautmann Brunsdorf sagt aus, daß sich sieben Arbeiter am 29. November im Saalplatz nicht neben die Offiziere legten. „Aberaus fordernde Aeden“ führten und sicher Standhalten infolge dessen, woran sie das Erscheinen des Oberleit. W. Heutter geschädigt habe. Um 10 Uhr giebt sich der Gerichtshof zurück, um gegen die Berichterstattung der Straßburger Zeitung Stellung zu nehmen.

### Sozialdemokratischer Kommunalkongress.

**Frankfurt (Main).** 6. Januar. Bei der heutigen Gemeindevorstandung sassen in der dritten Abteilung die Genossen Pfeil und Heer. Ein Antrag wurde behauptet und einstimmig angenommen. Nächst befindet sich die gemeinsame dritte Klasse in sozialdemokratischem Besitz.

## Soziales.

### Wohnungssektor auch auf dem Lande.

In Preußen besteht noch keine Wohnungsaufsicht. Ob das in Vorbereitung befindliche Wohnungsgesetz die Möglichkeit bietet wird, gegen die schlechten Wohnungen auf dem Lande vorzugehen, ist bis jetzt fraglich. Wie dringend notwendig das ist, beweist eine Aufstellung, die in Württemberg gemacht wurde. Dort besteht die Wohnungsaufsicht für alle Gemeinden. Die Gemeinden sind verpflichtet, alle Mietwohnungen bis zu drei Wohnräumen mindestens alle zwei Jahre einmal besichtigen zu lassen. Nächst liegt ein Jahresbericht für die Jahre 1911 und 1912 vor. In diesen beiden Jahren sind in 1727 Gemeinden nicht weniger als 34 391 Wohnungen beanstandet worden (75 Prozent der Wohnungen). Es zeigt sich, daß die schlechtesten Wohnungen in dem Elend der Gemeinwesen sind. In Preußen die Gemeinden um so früher verhältnismäßig die Zahl der beanstandeten Wohnungen. In den Landgemeinden wurden zweimal soviel sozial Missetaten ermittelt, als in den Oberamtsstädten. In den Gemeinden mit 500 Einwohnern waren die Missetaten nahezu doppelt so häufig, als in den Gemeinden von 2000-3000 Einwohnern. Damit wird bestätigt, was wir schon lange wußten, nämlich, daß die schlechtesten Wohnungen in den kleinen Dörfern am meisten sind. Wenn die Wohnungsaufsicht erst auch darauf gerichtet wäre, wie viele Tausende von Dienstboten in den Städten und in völlig ungelunden Lohern schlafen müssen, würde sich die Zahl der Beanstandungen noch um Tausende vermehren. Solange die Agrarier in Preußen herrschen, werden wir aber wohl keine Forderung der menschlichen Wohnungszustände auf dem Lande erleben.

### Glücklich der „Fürsorge“ entflohen.

Daß die heutige Art Fürsorgeziehung auf falscher Grundidee eingerichtet wurde und in vielen Fällen mehr verdirbt, als sie tut, macht, ist von uns schon oft barkeit worden. Zu der charakterverderbenden Mauer, die in vielen Fürsorgeanstalten herrscht, gefüllt sich eine vollständige zweifelhafte Verwaltung. Das hat zur Folge, daß viele Jünglinge heimlich aus den Anstalten entfliehen. Ein solcher aus der Fürsorge entfloher Jüngling richtete kürzlich vor seinem jetzigen Wohnort in Amerika ein Magikat zu Erfurt folgenden Brief:

Gebiete Herren!

Sie werden saunen, daß Sie ein Brief aus Amerika erhalten. Ich bin geboren am 6. Januar 1893 in Erfurt. Ich wurde von meinen liebenden Jähren ab in der Fürsorge erzogen und lernte zwei Jahre später. Durch die schlechte Behandlung, wor ich gemessen, vor zwei Jahren und acht Monaten mein geliebtes Vaterland zu verlassen, ohne meinen lieben Vater und meine Geschwister noch einmal zu sehen, denen ich am 1. Oktober 1900 entfliehen wurde. Ich wollte Ruhe und Frieden vor der Fürsorge finden. Ich habe einen guten Vater gefunden. Aber es überredet und läßt mich sehr, daß ich den Aufenthalt meiner Geschwister und meines Vaters nicht kenne. Ich meine lieber aber Vater noch oder ist er tot? Wollen Sie so freundlich sein und mir eine Karte schreiben und mir sofort mitteilen, wo er ist, was er tut, und seine, sowie meiner Geschwister Adresse senden? Was es kostet, sende ich Ihnen. Bitte, erfüllen Sie meinen einzigen Wunsch recht schnell, denn mein Herz nicht, was ich erlangen kann. Bitte, schreiben Sie mit Ihrem, wenn Sie mir, wo mein Vater ist, oder auch, wenn Sie ihn nicht finden können. Bitte, senden Sie mir die Adressen von meinen lieben

## In geschlossenen Paketen von der Mühle zur Küche

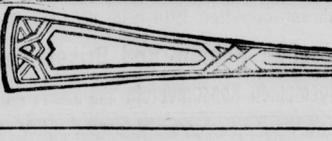
Das erklärt, weshalb Quaker Oats frei ist von Staub und Unreinlichkeiten, es erklärt auch den wundervollen Geschmack.

Lose ausgewogene Ware ist dem Staub und Schmutz der Strasse ausgesetzt. Quaker Oats ist vollkommen rein und staubfrei, das ist von größter Bedeutung für die Gesundheit.

## Gratis-Löffel für Quaker Oats Konsumenten

Quaker Oats Pakete enthalten Gutscheine, für welche wertvolle, schwer versilberte Löffel ganzlich kostenlos erhältlich sind.

Quaker Oats gibt alle Nährkraft, welche man von einem Nahrungsmittel erwarten kann, und ist für wenig Geld erhältlich.



Genauere Abbildung in Naturgröße. Ohne Reklameaufdruck.





